

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Probandschrift: Tagesblatt Riesner,
Gemein Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonto: Dresden 1539
Postkassa Riesner Nr. 52.

Nr. 122.

Dienstag, 29. Mai 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Mai 4800.— Mark einschl. Dringelohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundstift-Zeile (6 Silben) 300.— Mark; getraubender und tabellarischer Satz 50.— Mark; Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 30.— Mark. Preise für Bemittelte Rabatt erlischt, wenn der Beitrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesner.
Geschäftsstelle: Göttestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesner.

Auf Blatt 485 des Handelsregisters, die Firma Wahlenwerke Dessau, G. m. b. H. in Dessau betr., ist heute eingetragen worden: Der Geschäftsführer Otto Müller ist ausgeschieden. Zum Geschäftsführer ist der Bankdirektor Georg Thomas in Dessau bestellt. Amtsgericht Riesner, den 28. Mai 1923.

Im Handelsregister ist eingetragen worden: auf Blatt 644 Firma Helene Ebnert in Riesner und als Inhaberin Hulda Helene verehel. Ebnert geb. Müller in Riesner. Geschäftslokal: Bettinerstraße 21, Geschäftszweig: Handel mit Tabaken, Zigarren, Zigaretten; auf Blatt 645 Firma Johanna Ebnert in Riesner und als Inhaberin Olga Johanna Ebnert

in Riesner. Geschäftslokal: Kiosk in der Bahnhofsstraße, Geschäftszweig: Handel mit Tabaken, Zigarren und Zigaretten. Amtsgericht Riesner, den 24. Mai 1923.

Wir geben hiermit bekannt, daß der neu aufgestellte und durch das Bezirksamt Riesner genehmigte XII. Nachtrag zur Ortschulordnung für die Stadt Riesner vom 30. Mai 1923 ab während der gewöhnlichen Geschäftsstunden im Rathaus, Schulamt, Zimmer Nr. 9, zur Einsichtnahme 8 Tage lang ausliegt. Der Rat der Stadt Riesner, am 28. Mai 1923.

Pariser Konferenzen.

Die geplante Zusammenkunft der belgischen mit den französischen Ministern in Paris mußte verschoben werden, weil Japar operiert werden mußte und Thomsis wegen der Kammerverhandlungen in Brüssel unabschließbar ist. Man weiß bereits seit einiger Zeit, daß der belgische König Bedenken trägt, allein mit den Franzosen noch länger das übrige Europa in die Schranken zu fordern, und daß er bemüht ist, eine Verständigung zwischen Frankreich und England anzubahnen. Diefem Ziel soll wohl auch der geheimnisvolle neue belgische Reparationsplan dienen, den man vorläufig nicht zu veröffentlichen mag. Je mehr freilich die Belgier sich bemühen, von dem französischen Schicksal loszukommen, desto fester hält Poincaré die Leine, an der sie hängen. Da die gegenwärtigen belgischen Minister nicht nach Paris kommen wollen, hat Poincaré sich mit zwei ehemaligen Ministern begnügt, und auf einem gemeinschaftlichen Festessen sind die üblichen Reden gehalten worden, durch die die Franzosen der belgischen Eigenliebe ständig schmeicheln, um ihren Basissen desto fester an sich zu fetten. Poincaré hat auf diesem Festessen wieder den bekannten Vergleich gezogen zwischen dem zerstörten Belgien und dem zerstörten Frankreich einerseits und dem unverletzt gebliebenen Deutschland andererseits, das nun nicht einmal den angegriffenen Schaden zahlen wolle. Man kennt diesen Text und diese Melodie heute wahrhaftig in der ganzen Welt zur Genüge, und man kennt auch den Verfasser Poincaré, der es sogar fertig bringt, über die von ihm selbst hervorgerufenen Kommunismenuturmen im Ruhrgebiet seine Senugung zu äußern, weil sie geeignet sind, Deutschland noch mehr zu schädigen als es die französischen Raubzüge zu tun vermögen. Man merkt der Rede Poincarés trotzdem die Ursache an, die er angesichts dieser Entwicklung der Dinge an Rhein und Ruhr empfindet. Man merkt ihr auch an, wie schnell er darauf wartet, daß der deutsche Widerstand endlich zusammenbricht und die deutsche Regierung wieder einmal in Paris um Gnade winkeln möge.

Wenn der den Franzosen so verhasste passive Widerstand nicht wäre, würde es in Paris überhaupt keine Konferenzen geben. Dann würde Poincaré weder Thomsis nach Paris einladen brauchen, noch den italienischen Ministerpräsidenten Mussolini, der Mitte Juni ebenfalls dort erwartet wird, um mit ihm Besprechungen über die Reparationsfrage abzuhalten. Die Fiktion diplomatischer Konferenzen ist immer ein Beweis, daß man politische Sorgen hat. Man ist in Paris nicht sicher, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet, von dem Herr Poincaré sehr wohl weiß, daß er nicht von der Reichsregierung künstlich hervorgerufen ist, sondern von dem einmütigen Willen der Bevölkerung des verregalvierten Gebietes getragen wird, nicht etwa noch Monate hindurch ungeboren andauert. Auf der anderen Seite merkt Poincaré sehr wohl, daß die Klust, die Frankreich heute von Italien und sogar von Belgien trennt, sich mehr und mehr vertieft und er will durch die Veranstaltung der Konferenzen diese Klust zu überbrücken versuchen. Aber gehäufte Konferenzen haben die inneren Gegensätze im Lager der Entente noch niemals auf die Dauer zu beseitigen vermocht. Sie beweisen vielmehr jedesmal, daß diese Gegensätze sich in bedenklicher Weise verschärfen haben. Wir haben Grund zu der Vermutung, daß dem auch diesmal so ist, und daß die Pariser Zusammenkünfte nur den Rauch barten, der der Welt anzelt, daß es innerhalb der Entente wieder einmal brennt.

Die Konferenzen beim Reichskanzler

bauerten auch im Laufe des gestrigen Tages an. Der Reichskanzler empfing nochmals die Führer der Parteien der Arbeitsgemeinschaft, die ihn von dem Ergebnis ihrer am Vormittag stattgefundenen Beratung unterrichteten. Nach dem „Tageblatt“ empfing der Reichskanzler auch Vertreter der Landwirtschaft und der Banken im Zusammenhang mit den Garantiedorschlägen des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Zur Frage der Garantien für die deutschen Reparationsleistungen liegt in dem Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Reichskanzler ein wichtiger Beitrag vor. Das Schreiben trägt dem von der Reichsregierung festgelegten Gesichtspunkte der Heranziehung der Wirtschaft zur dinglichen Sicherung der deutschen Leistungen Rechnung, indem es sich grundsätzlich auf den Boden dieser Auffassung stellt. Die Regierung wird unter eigener Verantwortung und in voller Unabhängigkeit prüfen, wie weit die Darlegungen des Schreibens über die Vermessung und Verteilung der von der Wirtschaft auszubringenden Leistungen bei weiteren Schritten der Reichsregierung Verwendung finden können. Sie betrachtet es jedoch als ihre Aufgabe, von sich aus Maß und Verteilung der Leistungen unter Berücksichtigung der Interessen aller Erwerbstätigen führend zu bestimmen und unabhängig festzulegen. Die Vorarbeiten hierfür sind von der Regierung aufgenommen. Mit der gleichen Selbstverantwortung wird sie die gesetzlichen Maßnahmen vorbereiten, die für die Steigerung der deutschen Leistungsfähigkeit erforderlich sein werden.

Von parlamentarischer Seite wird uns mitgeteilt: Die Parteiführer des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei beschäftigten sich gestern bei Besprechung der politischen Lage mit dem

an den Reichskanzler. In den von der Industrie angebotenen Leistungen sehen die Parteiführer ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die deutsche Wirtschaft in Erkenntnis der Lage bereit ist, für die Freiheit des Vaterlandes auch die schwersten Opfer zu bringen. Die für die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gemachten Voraussetzungen werden bei der Verwirklichung der angebotenen Garantien dadurch notwendigerweise zum Gegenstand allgemeiner politischer Verhandlungen werden müssen, und zwar auf Grundlage des bereits in der Note vom 14. November 1922 niedergelegten Regierungsprogramms.

Nach dem Berliner „Lokal-Anzeiger“ sind Beratungen zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Landwirtschaft und des mobilen Kapitals in Aussicht genommen. Heute tagt der Hauptauschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vorstand des Reichslandbundes.

Zu den Dresdner Steuererwerbsdemonstrationen.

Blutige Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten.

Die Erwerbslosen demonstrieren gestern nachmittags stellenweise einen besorgniserregenden Charakter an. Am Wiener Platz und am Pirnaischen Platz kam es zu scharfen Zusammenstößen mit der Polizei, die von der Waffe Gebrauch machen mußte. Einige Beamte trugen Verletzungen davon. Vier Demonstranten wurden festgenommen und der Staatsanwaltshaft vorgeführt. Auch der Schlachtviehhof im Großen Gehege wurde von einigen hundert Demonstranten aufgesucht, die die Ausfuhr von Vieh und Fleisch nach der Stadt verboterten.

Gestern abend gegen 7 Uhr kam es in der Nähe des Hauptbahnhofes zu einem Zusammenstoß zwischen protestantischen Hundertkämpfern und der Polizei, wobei es auf beiden Seiten einige Verletzte gab. Die Hundertkämpfer zogen dann in militärischer Ordnung und im Gleichschritt nach dem in der Nähe des Pirnaischen Platzes gelegenen Polizeipräsidium. Die Kommunisten, zum Teil mit biden, angeordneten Anstalten bewaffnet, umlagerten das Gebäude. Bei dem dann erfolgenden Zusammenstoß fielen mehrere Schüsse, doch hat die Schutzmannschaft nach einer beim Polizeipräsidium eingeholten Auskunft infolge des erteilten Schießverbotes von der Schusswaffe keinen Gebrauch gemacht. Auch hier ging sie lebhaft mit den Kommunisten und der blauen Waffe vor. Zahlreiche Verletzte, darunter auch Schutzleute, wurden bisher festgesetzt. Ob sich das Gericht, daß drei Zivilisten getötet worden seien, bestätigen, konnte noch nicht ermittelt werden. Gegen 11 Uhr wurde ein Waffen- und Munitionsladen in der Bettinerstraße von jugendlichen Demonstranten geplündert, die sich schnell mit ihrer Beute in den dunklen Seitengassen in Sicherheit brachten. Die Demonstranten hatten aus Berlin erhebliche Verhaftungen erhalten, die mit den Nachträgen Dresden wieder verließen. Von der Regierung soll nach in der Menge geführten Versprechungen die völlige Zurückziehung der Sipo und Übertragung des Schutzes der Stadt an die Hundertkämpfer gefordert werden. Einzelheiten vom Polizeipräsidium zu erhalten, war infolge der Zurückhaltung dieser Behörde nicht möglich.

Wegen der durch die Ereignisse der letzten Tage schwer gefährdeten Lebensmittelversorgung trat der Rat mittags zu einer Sonderberatung zusammen. Versuche des Oberbürgermeisters und des Polizeipräsidenten, eine Abordnung der Erwerbslosen von der Ausschüttung ihres Vorhabens zu überzeugen, zwangsweise eine Preisentwertung herbeizuführen, waren fehl geschlagen. Der Rat beschloß, der wirtschaftlichen Notlage durch sofortige Bereitstellung von Unterstützungsmitteln Rechnung zu tragen und bewilligte ein Verrechnungsgeld von 500 Millionen Mark in der Erwartung, daß der Betrag durch Sammlung in den Kreisen des Handels, der Industrie und der Banken ganz oder teilweise gedeckt wird, sodas sich bei etwa 50000 Unterstützungsberechtigten einmalige Unterstützungsbeträge von 10000 Mark je Kopf ergeben. Weiter soll die Staatsregierung erlucht werden, bei der Reichsregierung unverzüglich für ausreichende Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose einzutreten.

Die SPD, KPD, die Gewerkschaften und der Erwerbsloserrat traten mittags ebenfalls im Landtage zusammen, um über die augenblickliche Lage zu beraten. Es wurde ein von den genannten Verbänden gemeinsam unterzeichneter Aufruf an die arbeitende Bevölkerung Dresdens beschlossen, in dem gegen eine allgemeine Arbeitsniederlegung Stellung genommen wird. Der Aufruf mahnt ebenso wie die Bekanntmachung des Rates und des Polizeipräsidiums zur Ruhe und Besonnenheit, um jede Störung der Lebensmittelversorgung zu vermeiden.

Die Besprechungen im Rathause wurden am Montag fortgesetzt und das Polizeipräsidium hat darauf folgende Bekanntmachung erlassen: Die neuerlich erfolgte Steigerung der Lebensmittelpreise hat in Verbraucherkreisen starke Erregung verursacht. Daß die fortschreitende Entwertung der Mark, namentlich bei den von ausländischen Rohstoffen abhängigen Waren, nicht ohne jede Nachwirkung auch auf die Preisbildung bleiben kann, leuchtet ein, ebenso, daß der örtliche Handel von den Lieferanten abhängig ist und daß eine gewalttätige örtliche Preisberabsetzung in kurzer Zeit

die unentbehrliche Zufuhr unterbinden und in erster Linie die Minderbemittelten schädigen würde. Die Organisationen des Lebensmittelhandels haben jedoch ansehnlich, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß jede durch die Verhältnisse nicht unbedingt gebotene Preissteigerung unterbleibt. Die Preisprüfungsstelle und ihre Ausschüsse, sowie die zur Verfolgung des Wuchers berufenen Stellen werden mit Energie jeder übertriebenen Preisforderung entgegenzutreten. Zur wirksameren Bekämpfung von Wucher wird die Regierung um Errichtung von Marktstandgerichten erlucht. Für Minderbemittelte werden namentlich mit Hilfe des Lebensmittel- und sonstigen Handels Gelder zum verbilligten Erwerb zur Verfügung gestellt werden. Das Nähere wird nach Vereinbarung mit den beteiligten Kreisen bekannt gemacht. In den letzten Tagen sind zahlreiche Eingriffe in den Geschäftsverkehr unternommen worden. Auch ist der Gedanke eines Käuferstreiks aufgetaucht, der aber das Gegenteil der Wünsche erreichen würde. Es wird dringend erlucht, die Ruhe zu bewahren und jede Störung des Erwerbslebens zu vermeiden, da sie letzten Endes nur die Lebensmittelversorgung gefährden. Die Ordnungspolizei wird allen derartigen Störungen mit Aufgebot ihrer gesamten Kräfte nachdrücklich entgegenzutreten.

Weitere blutige Zusammenstöße.

× Düsseldorf. Die Erwerbslosen und Kommunisten fielen am Sonntag vormittag eine Versammlung auf dem Hindenburgwall ab, die von den Franzosen erlaubt war. Dabei kam es gegen Mittag in Oberbilk zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten, Erwerbslosen und der Polizei. Die Streitenden verletzten die Arbeiter aus den Maschinenfabriken herauszulassen. Die Polizei schützte die Arbeitswilligen und ging mit der Waffe gegen die Demonstranten vor. Dabei wurde einer von vielen durch einen Kopfschuß getötet. Der Polizei gelang es, die Menge zu zerstreuen und die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Der Nachmittag verlief ohne Störung. Es steht noch nicht fest, ob auswärtige Kommunisten nach Düsseldorf gekommen sind. Die Polizei hat Anweisung erhalten, gegen jedes Auftreten von Hundertkämpfern in geschlossenen Zügen vorzugehen.

Die Lage in Dortmund unverändert.

× Dortmund. Die Lage ist seit Sonnabend abend unverändert. Auf der Zeche Tremonta sind 350 Mann der etwa 2000 Mann betragenden Belegschaft eingeschlossen.

Allgemeine Arbeitsniederlegung in Gelsenkirchen.

Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ aus Gelsenkirchen war gestern nachmittag die Arbeitsniederlegung allgemein. Alle Bergleute feierten. Die Schachanlagen wurden mit Gewalt stillgelegt. Auch in der Umgebung von Gelsenkirchen streikten die Bergleute.

Die Folgen des Milliardenraubes.

× Essen. Die Kassen der hiesigen Banken sind geschlossen, da infolge der Wegnahme der Geldbestände der Reichsbank flüssiges Geld nicht vorhanden ist. In der Stadt bereiten sich wieder Plünderungen vor. Die Franzosen sind jetzt damit beschäftigt, die bei der hiesigen Reichsbank weggenommenen Gelder auf Lastkraftwagen wegzufahren.

Oberregierungsrat Lutterbeck ins Gefängnis gebracht.

Der Vertreter des Regierungspräsidenten Oberregierungsrat Lutterbeck ist von den Franzosen in seiner Wohnung in Düsseldorf verhaftet und in das Gefängnis gebracht worden.

Die Besetzung

der badischen Anilinfabriken wird aufgehoben. Nachdem die Besetzung der Südfarbenwerke aufgehoben worden ist, rechnet man damit, daß auch in den nächsten Tagen die Besetzung der badischen Anilinfabriken aufgehoben werden wird. Tatsächlich sind die französischen und elsässischen Arbeiter, die die Franzosen zur Abfederung der Farben angestellt hatten, bereits abgelöst worden. Auch die Posten vor den Farblagerhäusern sind wieder besetzt worden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Verhandlungen über Erhöhung der Gehälter und Löhne am 4. Juni. Die Führer der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches wurden gestern im Reichsfinanzministerium unter Hinweis auf die erheblichen Preissteigerungen in den wichtigsten Bedarfsgegenständen wegen einer sofortigen Erhöhung der Gehälter und Löhne vorkestellt. Das Reichsfinanzministerium, das bereits eine Prüfung der Lage vorgenommen hatte, erklärte seine Bereitwilligkeit, am 4. Juni in neue Verhandlungen einzutreten. Auf beiden Seiten beruht die Übereinstimmung, daß die Verhandlungen schnell zum Abschluß gebracht und alle Maßnahmen ergriffen werden, um die erhöhten Bezüge möglichst rasch in Wirklichkeit treten zu lassen.

Lohnverhandlungen im Brauereiwesen. Über die Lohnregelung im Stein- und Brauereiwesen für den Monat Juni sind die Verbände der Arbeitgeber und Arbeit-